

Bürgerinitiative „Pro Geraberg“
i.V.: Christiane Schön, Arnstädter Str. 42, 98716 Geraberg

Geraberg, d. 20.12.2009

Pressemitteilung mit Bitte um Veröffentlichung

„Pro Geraberg“ feiert 10jähriges Bestehen

Im Kreise ihrer Mitglieder und Sympathisanten konnte die Bürgerinitiative „Pro Geraberg“ im Dezember diesen Jahres ihr 10jähriges Bestehen feiern.

Alle Höhen und Tiefen der vergangenen zehn Jahre ließ man nochmals Revue passieren. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und durch Erfolge in mehreren Gerichtsverfahren konnten erhebliche finanzielle Entlastungen für die Geraberger Bürger erreicht werden.

Pünktlich zum BI-Jubiläum mußte auch der Landrat des Ilm-Kreises einen schwerwiegenden Fehler bei der Erhebung von Widerspruchsgebühren eingestehen. Nach einem vierjährigen Rechtsstreit zwischen der BI und dem Landrat hat sich bestätigt, daß die aus dem Jahre 2005 in Geraberg erhobenen Widerspruchsgebühren rechtswidrig waren.

Insbesondere dankt „Pro Geraberg“ der Thüringer Bürgerallianz und dem Landtagsabgeordneten der „Linken“ Herrn Frank Kuschel für die ständige Unterstützung und Zusammenarbeit.

BI „Pro Geraberg“
i.A. Christiane Schön

Anmerkungen:

Die Erfolge der Bürgerinitiative „Pro Geraberg“ lassen sich auch an Zahlen und Fakten belegen.

2003 hat der Zweckverband die Wasserbeiträge komplett abgeschafft (also vor der gesetzlichen Abschaffung, die zum 1. Januar 2005 erfolgte. Dadurch haben die Geraberger Bürger Kosten in Höhe von 1,87 Millionen EUR gespart.

Die Abwasserbeiträge wurden durch den Zweckverband zeitgleich von 4,39 EUR pro qm gewichtete Grundstücksfläche auf 1,16 EUR gesenkt, was eine weitere Einsparung für die Geraberger Bürger von 3,2 Millionen EUR führte. Nach der Neufassung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zum 1. Januar 2005, in deren Folge die Abwasserbeiträge neu berechnet wurden, sank die Belastung für die Geraberger Bürger durch Abwasserbeiträge nochmals um rund 250.000 EUR.

Bei den Straßenausbaubeiträgen setze „Pro Geraberg“ bürgerfreundlichere Berechnungsgrundlagen durch. Die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die Umstellung auf wiederkehrende Beiträge scheiterte jedoch an der Blockadehaltung von CDU, Freien Wählern und SPD. Aber immerhin haben die Geraberger bei den Straßenausbaubeiträgen einen Rechtsanspruch auf eine zinslose Stundung bis fünf Jahre. Bei der Straßenklassifizierung gibt es nicht die Kategorie „Anliegerstraßen“, wodurch eine Entlastung von 20 Prozent entsteht. In der Arnstädterstraße konnte der Straßenausbaubeitrags von 2,55 EUR auf 1,61 EUR pro qm gewichtete Grundstücksfläche gesenkt werden. Seit 2004 ist die BI „Pro Geraberg“ gemeinsam mit der PDS bzw. der LINKEN in einer Fraktion im Gemeinderat vertreten.

Frank Kuschel